



Frau
Bürgermeisterin Antje Oltmanns
Hauptstr. 26
27801 Neerstedt

05.06.2023

Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und SPD

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin Oltmanns, liebe Antje,
die Fraktionen von Bündnis 90/Die Grünen und SPD legen folgenden Antrag mit der Bitte um
Beratung im zuständigen Fachausschuss und Beschlussfassung im Gemeinderat vor.

Antrag und Beschluss

1. Die Gemeinde stellt ab dem 01.01.2024 als Ersatz für die 2022 ausgeschiedene Mitarbeiterin eine/n neue/n Schulsozialarbeiter*in ein.
2. Die Gemeinde stimmt sich über den benötigten Wochenstundenumfang mit den Schulen ab.
3. Die Gemeindeverwaltung schöpft dabei alle Fördermöglichkeiten durch Bund, Land und Landkreis aus.

Begründung:

Im August 2022 hat die Fraktion von Bündnis 90/Die Grünen den Antrag auf Wiederbesetzung der Stelle der ausgeschiedenen Schulsozialarbeiterin gestellt, der im Ausschuss für Bildung und Erziehung am 26.11.2022, auf Empfehlung der Verwaltung, von der Mehrheit der Ausschussmitglieder abgelehnt wurde.

Begründet wurde dies einerseits mit der angespannten Haushaltslage, aber vor allem mit dem Verweis auf die Zuständigkeit des Landes und den entsprechenden Passus im Koalitionsvertrag alle Schulen mit Sozialarbeiter*innen auszustatten. Laut Information unseres Landtagsabgeordneten Thore Güldner wurden inzwischen über einen Nachtragshaushalt 100 Stellen für pädagogische Mitarbeiter*innen für ganz Niedersachsen bewilligt, die vor allem zum Gelingen der Inklusion eingesetzt werden sollen.

Im o.g. Fachausschuss hat sowohl die Elternvertreterin als auch eine Lehrerin sehr eindringlich geschildert, dass es in den Schulen der Gemeinde nicht mehr nur um präventive Sozialarbeit geht, sondern dass die Folgen der Pandemie deutliche Spuren bei den Kindern hinterlassen haben. Neben Lernrückständen haben die emotional-sozialen Auffälligkeiten erheblich zugenommen. Darüber hinaus sind die Lehrkräfte bei der Integration der zunehmenden Zahl von Flüchtlingskindern gefordert.

Gegenüber 2022 haben sich die geschilderten Probleme noch einmal verschärft, sodass die Unterstützung durch Schulsozialarbeit dringender notwendig ist als je zuvor.

Im Fachausschuss wurde ergänzend beschlossen, dass die Verwaltung ein Schreiben über die Dringlichkeit der Schulsozialarbeit in der Gemeinde an das Kultusministerium schickt, was inzwischen erfolgt ist – eine Antwort steht allerdings noch aus.

Da nicht absehbar ist, ob und wann das Land eine Stelle bewilligt und die Haushaltsplanungen für 2024 in der Gemeinde anstehen, wollen wir mit diesem Antrag sicher gehen, dass die Schulsozialarbeit an unseren Grundschulen ab dem nächsten Jahr wieder aufgenommen wird.

Mit freundlichen Grüßen

Gabriele Roggenthien
Bündnis 90/Die Grünen

Rudi Zingler
SPD